

28.1.2014

Gespräch mit der SPD-Fraktion im hessischen Landtag

Anwesend: Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel, Nancy Faeser (Innen), Gerhard Merz (Integration/Bildung)

Landesvorsitzende Adam Strauß, Mitarbeiter Josef Behringer

Adam Strauß führte aus, dass er davon ausgehe, dass in Kürze die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Hessen und dem hessischen Landesverband unterzeichnet wird. Schäfer-Gümbel brachte zum Ausdruck, dass die SPD-Fraktion sich dafür einsetzt, damit aus der Rahmenvereinbarung ein Staatsvertrag wird.

Weitere Themen

Armutszuwanderung

Diskussion über die sogenannten Armut Flüchtlinge. Sowohl die Bundes-SPD als auch die Landes-SPD distanzieren ausdrücklich sich von den oftmals geäußerten diskriminierenden Positionen. Der Landesverband wies darauf hin, dass es wesentlich sein wird, eine Struktur aufzubauen: Von der Landesregierung über die Regierungspräsidien zu den Kommunen und wieder zurück, um dies auch, um eine auf das Thema abgestimmte Strategie umzusetzen und auch, um auf Veränderungen angemessen reagieren zu können.

Aufklärung

Der Landesverband teilte mit, dass vom Kultusministerium in Kooperation mit dem hessischen Landesverband eine „neue“ Handreichung für hessische Lehrkräfte erstellt wurde. Inhaltlich wird die gesamte Zeitspanne des Hierseins der Sinti und Roma thematisiert: Der Inhalt beginnt mit dem 15. Jahrhundert und endet im Heute. Der Druck der Handreichung und die Verteilung stehen allerdings noch aus.

Einen Sachverhalt sieht der Landesverband als nicht hinnehmbar an. Die Inhalte der sehr guten Handreichung würden sich nur bedingt oder gar nicht in den hessischen Rahmenplänen wiederfinden oder gar als verbindlich angesehen. Der Jahrhunderte existierende Antiziganismus würde nicht auftauchen, und die erlittenen Verfolgungsmaßnahmen sind ebenfalls nicht in den Rahmenplänen (Bildungsstandards) enthalten. Nur bei der Behandlung vom Nationalsozialismus taucht der Begriff Sinti und Roma, der Völkermord, auf und dann verschwindet die Minderheit wieder, als ob es keinen Antiziganismus gegeben hätte und dessen Auswirkungen mehr geben würde.

Aufklärung in den hessischen Schulen wird nach Auffassung des Landesverbands nur gelingen, wenn

a) die Ursachen des Antiziganismus, seine Funktionen und seine Auswirkungen auf Mehrheit und Minderheit in allen Schulformen und fächerübergreifend Teil des Unterrichts werden.

b) Die Themensetzung darf aber nicht auf freiwilliger Basis erfolgen, denn Umfragen zeigen, dass auch bei vielen hessischen Lehrkräften die Themen keine Themen sind. Die Rahmenpläne setzen in dem genannten Bereich auf Freiwilligkeit und dies im Wissen, dass ohne Wissen bei den Lehrkräften keine Vermittlung an die hessischen Schülerinnen und Schüler möglich ist. Diesem Sachverhalt kann man kurzfristig nur begegnen, wenn das Thema Antiziganismus (Entstehung, Funktionen, Wirkungen auf Mehrheit und Minderheit)- vom 15. Jahrhundert bis heute - prüfungsrelevant wird.

Herr Merz sagte zu, das Gesamtthema in die zuständigen Gremien einzubringen.

Thorsten Schäfer-Gümbel und Adam Strauß vereinbarten, den begonnenen Dialog noch zu vertiefen.